



## **Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 31.01.2013

Beginn: 18:10 Uhr

Ende: 19:40 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Dr. Compter

Herr Stadtrat Deeng

Herr Stadtrat Etzinger

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

TOP 2 befangen

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Herzhauser

Frau Stadträtin Kapfer

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Rieger

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Weber

entschuldigt:

Frau Stadträtin Drews  
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung  
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen  
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait  
Frau Christ, Stadtplanungsamt  
Frau Denzel, Personalstelle  
Frau Engelhardt, Kulturamt bis TOP 5  
Herr Kopf, Hochbauamt  
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg  
Herr Bürgermeister Kuhlmann  
Frau Leonhardt, Kämmereiamt  
Frau Ludwig, Ordnungsamt ab TOP 4  
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg  
Herr Mildenberger, Hochbauamt bis TOP 6  
Herr Raumel, Stadtbücherei TOP 6  
Herr Rechmann, Tiefbauamt  
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer  
Herr Simon, Hauptamt  
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Gäste:

Zahlreiche Auszubildende der Stadtverwaltung  
Herr Mägerle, Schwäbische Zeitung  
rund 10 Bürger

## Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Haken-Tiefenwiesen Teil I, 1. Änderung" - Erneute Billigung -	227/2012
3.	Änderung der Verzinsung bei den zweckgebundenen Rücklagen für Pensionen und Beihilfen	228/2012
4.	Barrierefreiheit in der Stadthalle Biberach - Einbau eines Aufzugs für Besucher - Machbarkeitsstudie - Antrag der FW-Fraktion vom 09.11.2010	235/2012
5.	Neubau Jugendhaus - Durchführung eines kooperativen Verfahrens	236/2012
6.	Aufhebung Sperrvermerk Planstelle Schulbücherei RBZ	2/2013
7.	Aufstellung eines Lärmaktionsplanes - Stufe 2	213/2012
8.	Annahme von Schenkungen und Spenden für das 4. Quartal 2012	6/2013
9.	Bekanntgaben - Bauarbeiten in der Stadtbücherei	
10.1.	Verschiedenes - Fragebogenaktionen	
10.2.	Verschiedenes - Biomassehof Rißegg	
10.3.	Verschiedenes - Sporthalle Mettenberg	
10.4.	Verschiedenes - 10jähriges Dienstjubiläum EBM Wersch	

Die Mitglieder wurden am 17.01.2013 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 23.01.2013 ortsüblich bekannt gegeben.

## **TOP 1 Bürgerfragestunde**

Frau Christine Jakobs bringt vor, Hortplätze seien in Biberach ein großes Problem. Sie habe zwei Kinder, von denen zwei den Hort in der Braith-Grundschule besuchten. Die Elternschaft wolle darauf hinweisen, dass die Situation unter den Nägeln brenne. Es bestehe dringender Hortbedarf an der Braith-Grundschule, die man bei den allgemeinen Überlegungen und beim eventuellen Umzug der Braith-Schule nicht vergessen dürfe.

OB Zeidler erwidert, es sei ihm neu, dass die Probleme an der Braith-Schule auch so drängend seien. Er dankt für den Hinweis, den man versuche, aufzunehmen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 227/2012 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 24.01.2013.

StRin Handtmann ist befangen und nimmt in den Zuschauerreihen Platz.

OB Zeidler lässt wissen, das Kranwerk der Firma Liebherr befinde sich im Bereich des Bebauungsplans. Ziel sei eine möglichst hohe bauliche Ausnutzung des Grundstücks und man wolle ermöglichen, an die Grenzen der Baunutzungsverordnung zu gehen. Überdies würden Lärmprobleme optimiert, was Anlieger und die Firma betreffe.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Der räumliche Geltungsbereich des aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehenden Regelwerks "Haken-Tiefenwiesen Teil I, 1. Änderung" erstreckt sich auf den im Lageplan des Stadtplanungsamtes vom 07.12.2012 Plan Nr. 12-034 umrandeten Bereich.**
- 2. Der Entwurf des aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehenden Planwerkes "Haken-Tiefenwiesen Teil I, 1. Änderung", Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 886/36 vom 06.12.2012, Index 1 wird gebilligt und mit zugehöriger Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB erneut öffentlich ausgelegt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 228/2012 zur Beschlussfassung vor.

Eine Vorberatung zum Thema im Hauptausschuss fand nicht statt, da die vorgesehene Sitzung mangels Themen abgesagt wurde.

Frau Leonhardt erläutert kurz den in der Vorlage beschriebenen Sachverhalt.

StR Abele bezeichnet es als richtig, den vorgeschlagenen Weg zu gehen.

StRin Kübler meint es sei ein Glück, dass die Stadt in der Lage sei, diese Rücklagen zu bilden. Die SPD-Fraktion stimme zu.

Auch die Freien Wähler stimmen gerne zu, da man von zweckgebundenen Rücklagen überzeugt sei, lässt StR Heinkele wissen.

StR Späh nennt die Rücklagen "Aktion Eichhörnchen", was Sinn mache und eine gute Grundlage für die Zukunft sei.

Auch die FDP-Fraktion wird nach Auskunft von StR Funk zustimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Der interne Zinssatz zur Berechnung der Rückstellungen wird bis auf weiteres von bisher 3,5 % rückwirkend ab 01.01.2012 auf 2,5 % abgesenkt.**
- 2. Den überplanmäßigen Ausgaben im Jahr 2012 im Sammelnachweis Personalausgaben (SN 400) in Höhe von ca. 4,41 Mio. € wird zugestimmt. Die Deckung ist durch Mehreinnahmen des Jahres 2012 bei der Gewerbesteuer und bei den Grundstückserlösen gewährleistet.**

**TOP 4    Barrierefreiheit in der Stadthalle Biberach - Einbau eines Aufzugs für  
Besucher - Machbarkeitsstudie  
- Antrag der FW-Fraktion vom 09.11.2010**

**235/2012**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 235/2012 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 24.01.2013.

BM Kuhlmann führt in den Sachverhalt ein.

StR Kolesch führt aus, Idealvorstellung wäre, vom Parkhaus in alle Ebenen zu kommen, was aufgrund der Lage nicht einfach sein werde. Er warnt vor Pseudo-Lösungen, die keine wirklichen Verbesserungen brächten und sieht auch auf diesem Hintergrund die in der Vorlage dargestellte Minimallösung als problematisch an. Man sei gespannt, ob kreative Ideen durch die Machbarkeitsstudie aufkämen. Er regt an, sehr schnell zu prüfen, ob bezüglich der Behindertenparkplätze und der Anfahrt zum ersten Obergeschoss kurzfristig, noch 2013, eine Verbesserung ermöglicht werden könne.

StR Keil meint, von einer großen Lösung zu sprechen sei missverständlich, da es sich eigentlich um ein großes Bündel an Verbesserungsmöglichkeiten handle. Die Halle stamme aus den 70er Jahren und sei was den Zugang betreffe in die Jahre gekommen. Die Probleme würden beispielsweise an Schützen offenbar, wenn Parkplätze nicht ausreichten, was eigentlich ein Skandal sei. Man müsse daher die Zugänglichkeit der Halle als Erstes in Angriff nehmen von dem Bündel an Problemen, die die Halle habe. Es sei gut, dass man 2013 überlegen könne, was machbar wäre.

BM Kuhlmann kündigt an, mit Herrn Buchmann und Herrn Kopf einen Ortstermin durchzuführen, um zu eruieren, was bezüglich der Behindertenparkplätze kurzfristig getan werden könnte.

StRin Goeth führt aus, die Stadthalle stamme aus den 70er Jahren und damals sei Barrierefreiheit noch kein Thema gewesen. Die Machbarkeitsstudie werde von den Freien Wählern begrüßt und man habe wie die CDU-Fraktion den Wunsch, schneller provisorische Lösungen umzusetzen.

Die Hauptdiskussion werde erst noch stattfinden und dann sei zu klären, wie weit man bereit sei, weitere Millionen in die Stadthalle zu investieren.

StRin Sonntag gibt zu bedenken, auch junge Menschen könnten Behinderungen haben und nicht einmal ihnen sei es möglich, ohne Hilfe die Rampe zu überwinden, da das Pflaster für Rollstühle nicht befahrbar sei. Sie regt an, eventuell auch mit Betroffenen Lösungen zu suchen.

StR Funk fragt, um wie viele Quadratmeter es sich handle, wenn die Erschließung nach vorne gezogen werde und äußert die Vermutung, dass dann gleich eine Verbindung von der Tiefgarage zur Stadthalle erstellt werden könnte. Diese Größenordnung müsse in der Vorlage dargestellt werden. Er kündigt die Enthaltung der FDP-Fraktion an.

StR Walter regt an, den Arbeitskreis Barrierefreiheit einzubinden, unter anderem zur ersten Begehung der Stadthalle.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 3 Enthaltungen (StRe Bode, Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

**Beschluss:**

**2014 wird eine Machbarkeitsstudie zur barrierefreien Erschließung der Stadthalle beauftragt.  
Mittel hierfür werden im Haushaltsplan beantragt.**



Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 236/2012 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Bauausschuss am 24.01.2013 und im Jugendparlament am 30.01.2013 jeweils öffentlich vorberaten.

OB Zeidler verliest den Beschluss des Jugendparlaments: "Der Gemeinderat möge beschließen, dass im Rahmen des kooperativen Verfahrens

1. alle Jugendliche auf geeignete Weise informiert werden und
  2. bei der "offline"-Veranstaltung und in der Facebook-Gruppe auch Jugendliche ab der 5. Klasse bzw. oberhalb der 10. Klasse zugelassen werden, wenn diese sich freiwillig beteiligen möchten."
- Diesen Vorschlägen schließe man sich gerne an.

Als weitere Änderung lässt er wissen, dass der Wunsch geäußert worden sei, dass auch er als Oberbürgermeister zum Jury-Mitglied bestellt werde.

StR Kolesch bringt vor, im Bauausschuss habe es Anregungen und auch Anträge gegeben, da man erst in der Sitzung erfahren habe, dass nur die Klassen sieben bis zehn eingebunden werden sollten, was nicht richtig wäre. Stattdessen schlage man vor, analog zur Wahlberechtigung für das Jugendparlament die Jugendlichen zu beteiligen. Auch solle die Anzahl der möglichen Teilnehmer je Klasse nicht eingeschränkt werden, da es durchaus sein könne, dass vier oder fünf Jugendliche einer einzelnen Klasse Interesse hätten. Er spricht das Urheberrecht der Architekten an und hier speziell die Nutzungsbestimmungen zum Urheberrecht in Facebook. Er betont, die CDU-Fraktion finde das vorgesehene Verfahren gut, man müsse jedoch Sorge tragen, Fallstricke zu vermeiden.

BM Kuhlmann erwidert, er habe im Bauausschuss zugesagt, dass man die Beteiligung der Jugendlichen entsprechend der Wahlberechtigten für das Jugendparlament ausweiten wolle und dass für die Auftaktveranstaltung mindestens zwei Jugendliche je Klasse benannt werden sollten, eine größere Zahl aber unschädlich sei beziehungsweise es besser sei, je mehr teilnahmen.

Die Frage des Urheberrechts der Architekten habe er mit Herrn Flügge von Squirrel & Nuts geklärt. Facebook habe kein Urheberrecht, sondern übernehme nur Rechte an Bildern. Dies stelle somit keinen Konflikt dar. Die Architekten seien ebenfalls befragt worden und sähen alle kein Problem darin, ihre Entwürfe über Facebook zu kommunizieren. Man werde sie eine entsprechende schriftliche Erklärung abgeben lassen.

StR Keil meint, nicht Ausgrenzung sollte Linie bei der Beteiligung der Jugendlichen sein, weshalb die zugesagten Änderungen in Ordnung seien. Die Naivität im Umgang mit Facebook sei teilweise kritisch. Die bayerische Verwaltung warne ihre Mitglieder vor Facebook und er neige ebenfalls eher zu mehr Vorsicht, als zu unkritischem Verhalten.

StRin Goeth gibt zu bedenken, die Auftaktveranstaltung sei während der Schulzeit geplant und daher durchaus möglich, dass ganze Klassenverbände kämen. Man müsse auch Sorge tragen, dass das Verfahren handelbar bleibe.

StRin Sonntag findet das Vorgehen von Herrn Flügge gut dargestellt. Sie persönlich habe auch Bedenken bezüglich des Datenschutzes. Man müsse aber zugestehen, dass die Jugendlichen mit diesen neuen Medien aufwachsen und oft schlauer seien als man denke. Sie wirbt, Zutrauen zur Jugend zu haben. Das Jugendparlament habe sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt.

Sie begrüßt, dass auch Fünft- und Sechstklässler beim Beteiligungsverfahren berücksichtigt würden.

StR Funk führt aus, Fragen wie die Rechte von Facebook könne die FDP-Fraktion nicht beurteilen und es sei Aufgabe der Verwaltung, klar abzustimmen, dass alles richtig laufe.

StR Rieger schlägt vor, die Architektenentwürfe auf einem Stadtserver zur Verfügung zu stellen und von Facebook auf diesen zu verlinken, um die Frage des Urheberrechts zu umgehen.

BM Kuhlmann erwidert, diese Alternative habe man mit Herrn Flügge besprochen, der hiervon abrate, da derartige Links von Jugendlichen auf Facebook nicht angenommen würden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Der Durchführung einer Mehrfachbeauftragung von Architekten in einem kooperativen Verfahren in der in Drucksache Nr. 236/2012 dargestellten Form wird zugestimmt. In die vorgesehene Jury wird auch OB Norbert Zeidler bestellt.**
- 2. Der in genannter Vorlage dargestellten Online-/Offline-Beteiligung von Jugendlichen wird zugestimmt. Der Kreis der beteiligten Jugendlichen orientiert sich an der Wahlberechtigung für das Jugendparlament. Für die klassenweise Benennung von Schülern für die Startveranstaltung wird eine Mindestanzahl von zwei Schülern je Klasse festgelegt. Eine Obergrenze besteht nicht.**

**TOP 6    Aufhebung Sperrvermerk Planstelle Schulbücherei Räumliches  
Bildungszentrum**

**2/2013**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2/2013 zur Beschlussfassung vor.

Eine Vorberatung zum Thema im Hauptausschuss fand nicht statt, da die vorgesehene Sitzung mangels Themen abgesagt wurde.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Der Sperrvermerk auf der Stelle 1,0 BibliothekarIn, EG 10, Entwicklungsstufe 3, befristet auf 2 Jahre wird aufgehoben.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 213/2012 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 24.01.2013.

OB Zeidler verweist auf die ausführliche Berichterstattung in BIBERACH KOMMUNAL.

BM Kuhlmann geht grundsätzlich auf das Thema ein und lässt wissen, Lärmprobleme würden immer dort untersucht, wo viele Menschen wohnen. Man habe einige Bereiche mit eklatanten Überschreitungen, vor allem in Ringschnait. Problem sei, dass der Lärmaktionsplan bei der Bevölkerung Erwartungen wecke und man in dem Dilemma stecke, dass Konfliktpunkte aufgezeigt würden, man aber nicht wisse, wie man diese lösen könne. Zwar seien Maßnahmen dargestellt, nicht jedoch, wie diese faktisch umgesetzt werden könnten. Die Biberacher seien auch selbst gefragt, da Lärm oft verhindert werden könne, wenn Wege zu Fuß erledigt würden. Dies sei ein Bewusstseinsprozess, der stattfinden müsse. Die rechtliche Qualität des Lärmaktionsplans sei noch unklar.

StR Kolesch führt aus, die Intention der EU-Vorgaben seien nachvollziehbar, aber wie von BM Kuhlmann geschildert stecke man in einem Dilemma, da der Lärm selbst erzeugt werde von Bewohnern und Besuchern einer pulsierenden Stadt. Er habe wie BM Kuhlmann die Sorge, dass eine Erwartungshaltung geweckt werde, der man nicht gerecht werden könne. In welchen Straßen Lärmprobleme bestünden, habe nicht überrascht, die Probleme seien bekannt. Ein Verzicht auf die Straßen führte zum Verkehrsinfarkt, weshalb die CDU-Fraktion eine Lösung nur über Umgehungsstraßen sehe. Für Ringschnait brächte dies eine Entlastung und hier seien Bund und Land am Zug, wobei die Stadt finanziell beteiligt sei. In der Kernstadt erhalte man mit der Nord-West-Umfahrung eine gewisse Verbesserung und ebenso mit dem Aufstieg zur B 30 für die Ulmer Straße. Die Raumschaft stehe mit großer Mehrheit hinter diesen Entscheidungen und die CDU-Fraktion fände es für die Menschen äußerst wichtig, wenn diese Straßen realisiert würden.

StR Keil meint, die SPD-Fraktion sei froh, dass Erwartungen geweckt würden, da es auf diese Weise möglich sei, in den Dialog mit den Bürgern zu treten, beispielsweise über die Frage, wie Lärm vermieden werden könne. Verkehr sei der Hauptlärmproduzent. Er habe es beispielsweise erstaunlich gefunden, wie relativ leise es bei der Firma Liebherr gewesen sei. Die Lärmprobleme könnten seines Erachtens nur durch Maßnahmenbündel gelöst werden, wobei Umgehungsstraßen eine Maßnahme sein könnten. Man müsse der Frage nachgehen, ob die Verlängerung der Nord-West-Umfahrung und verkehrslenkende Maßnahmen zur Verbesserung in der Ulmer Straße führen könnten sprich das Lärmpotential ebenso gesenkt werden könne wie der Feinstaub.

StR Rieger meint, die Straßen seien zu Zeiten entstanden, als man sie noch mit Ochsenfuhrwerken befahren habe. Geschwindigkeitsreduzierungen könnten auch eine Maßnahme sein, den Lärm zu reduzieren. Er gehe davon aus, dass der Aufstieg zur B 30 realisiert werde. Er appelliert, sich für eine Anpassung elektronischer Medien einzusetzen und Sorge zu tragen, dass dadurch der Fernlastverkehr nicht mehr durch die Stadt geleitet werde.

Für StR Weber ist erkennbar, dass es mit der Mobilität nicht so weitergehen könne. Autos seien Lärmproduzent und Luftverschmutzer Nummer eins. Man müsse in erster Linie eine Veränderung des Mobilitätsverhaltens angehen. Hinzu müssten Geschwindigkeitsreduzierungen und gemäßigeres, ruhigeres Fahren und verkehrslenkende Maßnahmen erfolgen. Flüsterasphalt mache erst

auf Autobahnen Sinn. Ein umfassender Umstieg auf den ÖPNV sei erst zu erwarten, wenn Pkw-Fahren unattraktiver sei. Es sei daher nicht jeder Stau schlimm.

Im Aufstieg zur B 30 sehe er keinen Ausweg. Er bezeichnet dies als primitive Lösung, die Geld koste, Flächen versiegele und andere belaste. "Wer Straßen baut, wird Verkehr ernten." Über 90 Prozent des Verkehrs sei Ziel- und Quellverkehr. Wenn bei einer Belastung von 27 000 Pkw auf einer Straße 6 000 weniger auf ihr führen, falle dies seines Erachtens kaum ins Gewicht.

StR Braig meint, moralisierende Appelle nutzten nichts und wenn dann nur langsam. Straßen verlockten nicht zum Autokauf, sondern Autos würden gekauft und diese benötigten Straßen. Auch er meint, man benötige den Aufstieg und die Umfahrung von Ringschnait und Ochsenhausen und anderen Gemeinden. Diese Maßnahmen habe man in Biberach lange verschlafen. Memmingen habe dagegen beispielsweise früh reagiert.

StR Dr. Nuding dankt für die Darstellung in BIBERACH KOMMUNAL und den abgedruckten Fragebogen. Er erkundigt sich nach der Zahl der Rückläufe und ob das Ergebnis im Gemeinderat dargestellt werde.

BM Kuhlmann antwortet, die Fragebogenaktion sei gut angelaufen und das Ergebnis werde auf jeden Fall vorgestellt.

Ortsvorsteher Boscher lässt wissen, der Ortschaftsrat habe sich mit der Thematik befasst und der Vorlage einstimmig zugestimmt. Ergänzend bitte eine Mehrheit bei der Prüfung von Lärminderungsmaßnahmen folgende Prioritäten zu setzen: 1. Den Bau von Ortsumfahrungen, 2. Geschwindigkeitsreduzierungen auf der B 30 und 3. Die Einbringung von Flüsterasphalt.

Anschließend referiert er ausführlich über die Belastungen in Ringschnait und plädiert vehement für den Bau der Ortsumfahrung.

StR Kolesch hält den Ausführungen von StR Weber entgegen, man dürfe Verbesserungen für die Bewohner der Ulmer Straße durch den Aufstieg zur B 30 nicht ausblenden. Dort lebten Menschen nur sechs bis acht Meter von der Straße entfernt, weshalb diese Maßnahme auch Menschen-schutz darstelle.

OB Zeidler lässt wissen, Bürgermeister Reichert aus Ummendorf, BM Kuhlmann und er bemühten sich um einen Termin beim Regierungspräsidium was die Ortsumfahrung Ringschnait betreffe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Lärmaktionsplan (Stufe 2) für die Stadt Biberach aufzustellen.**
- 2. Als Auslösewert wird die Überschreitung der Werte 70 dB(A)  $L_{DEN}$  und 60 dB(A)  $L_{Night}$  zugrunde gelegt.**
- 3. Die Beteiligung der Bürger und Träger öffentlicher Belange soll analog dem in Biberach üblichen Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen durchgeführt werden.**



Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 6/2013 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Die in den Anlagen 1, 2 und 3 von Drucksache Nr. 6/2013 aufgeführten Spenden und Schenkungen werden angenommen.**

## **TOP 9    Bekanntgaben - Bauarbeiten in der Stadtbücherei**

Herr Dr. Riedlbauer lässt wissen, in der Stadtbücherei werde teilweise das Licht saniert und Teppichböden würden ausgetauscht. Daher schließe am 18. März die Lernwerkstatt, am 25. März sei sie teilweise geöffnet und bis 26. März der Büchereibetrieb insgesamt eingeschränkt.



## **TOP 10.1 Verschiedenes - Fragebogenaktionen**

StR Späh nimmt die Fragebogenaktion zum Lärmaktionsplan zum Anlass anzuregen, sich Gedanken zu machen, wie man generell durch Fragebogenaktionen niederschwellig die Bürger einbeziehen könne. Er regt an nachzudenken, wo dies eine Möglichkeit sein könnte.

OB Zeidler lässt wissen, man eruiere intern aktuell ohnehin die Zukunft von BIBERACH KOMMUNAL und könne dort eventuell auch diesen Gedanken einfließen lassen.

## **TOP 10.2 Verschiedenes - Biomassehof Rißegg**

StR Abele spricht die Bürgerversammlung vom Vortag in Rißegg an und lobt diese. Über den Biomassehof Zell sei sehr intensiv diskutiert worden, ohne emotionale Eskapaden. Die intensive Auseinandersetzung mit dem Verfahren sei sinnvoll gewesen.

Mit der gebotenen Sorgfalt habe man ein Thema angegangen und eine konstruktive Bürgerbeteiligung durchgeführt. Dies habe gezeigt, dass die üblichen Bekanntmachungswege nicht ausreichend seien, sondern zusätzlich alternative Wege überlegt werden müssten, ein Thema zu transportieren. Er nennt als Beispiel die städtische Homepage und einen prominenten Link auf der Startseite. Sofern die Verwaltung andere Ideen habe, könne man auch hierüber diskutieren.

### **TOP 10.3 Verschiedenes - Sporthalle Mettenberg**

StR Abele spricht die jüngste Ortschaftsratsitzung in Mettenberg zum Thema Sporthalle an und bittet zusammen mit dem Ortsvorsteher alsbald den Gemeinderat zum aktuellen Beschlussstand zu informieren. Es genüge ein mündlicher Bericht, wie man sich das weitere Prozedere vorstelle.

#### **TOP 10.4 Verschiedenes - 10jähriges Dienstjubiläum EBM Wersch**

OB Zeidler lässt wissen, am Folgetag sei EBM Wersch 10 Jahre bei der Stadt Biberach beschäftigt. Er habe festgestellt, dass Herr Wersch einen ähnlichen Humor wie er habe und diesen auch auslebe. So sei er ebenfalls ein Freund davon bereits in der Sitzung zu regeln, wer in der Nachsitzung ein Bier ausgabe. Er habe EBM Wersch bisher als schnell, schlau und scharfzüngig kennengelernt. Damit es gesund und munter weitergehe, habe er an eine Vitaminspritze gedacht. Er überreicht ihm zum Jubiläum einen Obstkorb.

Es wird applaudiert.

**Gemeinderat, 31.01.2013, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

Vorsitzender: ..... OB Zeidler

Stadtrat: ..... Hagel

Stadtrat: ..... Keil

Schriftführerin: ..... Appel

Gesehen: ..... EBM Wersch

Gesehen: ..... BM Kuhlmann